

NEXUS MAGAZIN

Sonderdruck

Oktober 2025

Der Fake vom Mauerfall 1989



und die sowjetische
Langzeitstrategie

Ein Interview mit Michael Wolski



Der Fake vom Mauerfall 1989 und die sowjetische Langzeitstrategie

Von wegen „friedliche Volksrevolution“ 1989: Der Mauerfall und die deutsche Einheit waren von langer Hand geplant und Teil einer Langzeitstrategie, deren finale Züge wir gerade vor unseren Augen erleben. Michael Wolski war damals als Außenhändler live dabei; seine Erfahrungen und Recherchen geben zu denken. Wer zieht da im Hintergrund des Weltgeschehens die Fäden?

NEXUS: Herr Wolski, in Ihren Büchern zum Berliner Mauerfall erzählen Sie eine völlig andere Geschichte als die von der friedlichen, vom Volk ausgehenden Revolution. Ihr Verdachtsmoment, dass der Mauerfall schon lang hinter den Kulissen geplant und letztlich mithilfe der Geheimdienste umgesetzt wurde, entstand, als Sie in Ihrer Tätigkeit schon ein halbes Jahr vor der eigentlichen Währungsunion und letztlichen deutschen Einheit informiert wurden, dass es „keine DDR mehr geben wird“. Wo waren Sie damals tätig und wie kam es dazu?

Michael Wolski (MW): Seit 1986 war ich – Außenhändler – im Verbindungsbüro eines US-Konzerns im Ostberliner Internationalen Handelszentrum (IHZ) als „Leiharbeiter“ tätig. Im Sommer 1985 waren vier US-Konzerne im Außenhandelsministerium vorstellig geworden und wollten Verbindungsbüros eröffnen. Eigenartigerweise wollten sie aber nur Ostberliner einstellen, keine Westberliner. Alle diese Konzerne hatten große Tochterunternehmen in der BRD. So begann die IHZ GmbH die Suche nach geeigneten Kandidaten, die sie als Leiharbeiter den Firmen vorstellen konnte.

Zum Ende der DDR 1990 wurde ich vom Konzern übernommen und nach Moskau versetzt, um das Verbindungsbüro in der Sowjetunion aufzubauen und zu führen. Erst zu diesem Zeitpunkt wurde mir klar, warum die Konzerne Ostberliner in ihren Verbindungsbüros haben wollten – sie wussten offenbar von den geopolitischen Änderungen, die mit Gorbatschows Machtantritt im März 1985 in Gang gesetzt wurden, und wollten lokales Personal für die Zeit nach der Wende rekrutieren. Das wäre mit Westberlinern kaum möglich gewesen.

Bis Ende 1997 lebte ich in Russland und wurde in dieser Zeit Zeuge der Putschversuche gegen Gorbatschow im August 1991, gegen Jelzin im September 1993 sowie der Privatisierung des Volkseigentums und des Aufstiegs der Oligarchen.

NEXUS: Der Außenhandel von Staaten ist keine Sache, mit der sich der Normalbürger beschäftigt. Zum Verständnis: Es gab doch damals auch einen „offiziellen“ Außenhandel der DDR? Sie erzählen aber auch, dass es da noch eine Entität gab – die sogenannte KoKo –, von der heute kaum noch jemand weiß, die aber mit Fug und Recht als „Tie-

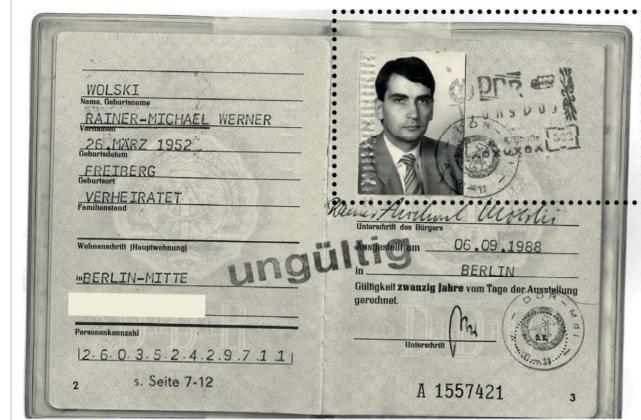
fer Staat“ der DDR bezeichnet werden kann. Was war der Unterschied zum offiziellen, also planwirtschaftlichen Außenhandel?

MW: Für mich deutet alles darauf hin, dass die KoKo von den Sowjets eingerichtet wurde, um das Versagen des planwirtschaftlichen Außenhandels nach dem Mauerbau zu übertünchen. Ich vermute auch, dass mit den Deviseneinnahmen der KoKo gleichzeitig langfristige geopolitische Ziele verfolgt wurden.

Zur historischen Einordnung: Nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht 1945 teilten die vier Alliierten (Sowjetunion, USA, Großbritannien und Frankreich) Deutschland in Besatzungszonen auf, wobei die ehemalige Reichshauptstadt Berlin in vier Sektoren der Alliierten unterteilt wurde. Als kurz danach der Kalte Krieg begann, verschärfen sich die Konflikte zwischen der Sowjetunion und den drei Westalliierten. So wurde 1949 auf Veranlassung der Westalliierten die BRD gegründet, kurz darauf folgte als Antwort der Sowjets die Gründung der DDR.

1961 hatten die Sowjets der DDR-Führung in Berlin den Mauerbau befohlen, um den bis zum 13. August 1961 möglichen freien Reiseverkehr zwischen den Westsektoren und dem sowjetischen Sektor in Berlin zu unterbrechen. Um es salopp zu sagen: Man überquerte damals die Straße und war im Westen. Mit dem Mauerbau wurde das Problem der Übersiedlung von Ostdeutschen in den Westen (die DDR nannte es Republikflucht) gelöst, doch man schuf sich damit ein viel größeres Problem, das die Existenz der DDR und die kommunistische Propaganda vom weltweiten Sieg des Sozialismus bedrohte: Schlagartig wurde klar, dass die sozialistische Planwirtschaft der Sowjetunion, die sämtlichen osteuropäischen Ländern nach 1945 übergestülpt worden war, nicht zum Sieg des Sozialismus führen würde. Warum? Diese Form der Planwirtschaft war von Lenin und Stalin entwickelt worden, passend für ein Land, das nicht industrialisiert war, aber über ausreichend Rohstoffe verfügte und Selbstversorger war. Export war nur notwendig, um die Industrialisierung der Sowjetunion voranzutreiben, speziell durch Importe von Anlagen und Ausrüstungen aus den USA und Deutschland. Dann kam der Zweite Weltkrieg. Die Wirtschaft der DDR war ein Überbleibsel des Industrielandes Deutschland, wenn auch kriegsgeschädigt. Sie lebte vom internationalen Warenaustausch. Rohstoffe importieren, verarbeiten und dann Fertigerzeugnisse für Industrie und Endkunden weltweit zu exportieren. Die Übernahme der sowjetischen Planwirtschaft passte also wie der Sattel auf die Kuh. Die von den Ideologen nicht erkannte Bruchstelle war der Ersatzteilimport.

In der DDR-Planwirtschaft konnten nur konkrete Produkte in den Volkswirtschaftsplan eingestellt werden, Ersatzteilbedarf nach Havarien und sonstigen Ausfällen waren daher nicht planbar – man wusste ja nicht, was kaputtging. Einen unspezifizierten Pauschalbetrag in Devisen für Ersatzteile im Jahresplan des Betriebes wollte man aber offenbar wegen möglichen Missbrauchs vermei-



Der Stempel auf dem Passbild wurde am Abend des 9. November denjenigen gegeben, die nach Meinung der Passkontrolleinheiten Aufrührer waren und mit dieser Codierung nicht mehr in die DDR zurückreisen sollten. Ab 2:00 Uhr am 10. November fanden für die Zurückkehrenden keine Kontrollen mehr statt.

den. Bis Sommer 1961 waren auch viele Maschinenbauer aus der Sowjetzone und späteren DDR in den Westen übergewandert, um der Enteignung zuvorzukommen, und hatten ihre Firma dort neu aufgebaut.

Sie hätten rasch liefern können – aber der DDR-Betrieb konnte nicht in Westmark zahlen. Die Ostmark war eine Binnenwährung, nicht konvertibel. Nur wenn der Import im laufenden Jahresplan enthalten war, stellte die Staatsbank der DDR Westmark zur Verfügung. Wie dargelegt, gab es bis zum 13. August 1961 keine Grenzkontrollen innerhalb Berlins. Also schickte der DDR-Betrieb einen Lkw in die Westsektoren und holte dort das bestellte Ersatzteil ab. Das Geld dafür wurde im Westen in der Wechselstube getauscht, was zwar nach DDR-Recht verboten war – aber der Zweck heiligte die Mittel.

Und hier beginnt die Geschichte des Bereichs Kommerzielle Koordinierung (KoKo). Alexander Schalck-Golodkowski (der später bis 1989 Chef der KoKo war) wurde 1962 zum 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Außenhandel berufen und musste sich nun die Klagen der Generaldirektoren der Außenhandelsbetriebe anhören: Forderungen nach Senkung der Exportpläne, da Maschinen defekt und Reparaturen erst im neuen Planjahr möglich waren. Kein Abschluss neuer Exportverträge, also keine Deviseneinnahmen. Die DDR stand vor dem Bankrott. Ein besseres Geschenk hätten die Sowjets dem Westen nicht machen können.

Schalck-Golodkowski entwickelte einen Vorschlag für die Schaffung eines marktwirtschaftlichen Außenhandels, der neben dem planwirtschaftlichen existieren sollte. Dieser wurde jedoch erst 1965 – nach dem Sturz des sowjetischen Partei- und Staatsführers Chruschtschow im Oktober 1964 – genehmigt. 1966 beschloss der Ministerrat auf dem Verordnungswege die Schaffung des Bereichs Kommerzielle Koordinierung im Ministerium für Außenhandel, geleitet von Staatssekretär Schalck-Golodkowski. Ab 1972 bekam die KoKo die Zollhoheit – sie konnte nach

Belieben die Zollkontrolle in den Grenzzollämtern aussetzen – und ihr wurde der Status des Devisenausländers zugesprochen. Das bedeutete, dass KoKo-Betriebe ihre eingenommenen Devisen nicht mehr an die Staatsbank abführen mussten. Die KoKo wurde Staat im Staate und Schalck-Golodkowski graue Eminenz im Hintergrund. Details lesen Sie in meinem Buch.

NEXUS: In Ihrem Buch behandeln Sie den Berliner Mauerfall im Rahmen der sowjetischen Langzeitstrategie, in die auch die Devisen der KoKo eingewoben zu sein scheinen. Gehen wir doch noch einmal zu den Ereignissen um den Mauerfall am 9. November 1989. Was sind Ihre wichtigsten Verdachtsmomente, dass es da nicht mit rechten Dingen zuging? Gibt es dafür Belege – oder nur Indizien?

MW: Unmittelbar nach dem Mauerfall gab es nur Verwirrung. Auch bei den Außenhändlern, wobei einigen da schon klar war, dass die Tage der DDR gezählt waren. In der Nacht des Mauerfalls selbst hatte ich noch keinen Verdacht – nur ein Unwohlsein. Meine Zweifel begannen am 9. Januar 1990. Im Dezember 1989 hatte ich vom Chef der Schweizer Tochterfirma des Konzerns, die das Ostberliner Büro betrieb, den Auftrag bekommen, die Gründung einer Vertriebsgesellschaft des Konzerns für die DDR einzuleiten. Nach den Feiertagen zum Jahreswechsel begann ich damit. Am 9. Januar erhielt ich die Mitteilung: Alle Aktivitäten zur Firmengründung einstellen, es wird keine DDR mehr geben – wir übergeben das gesamte DDR-Geschäft der westdeutschen Tochterfirma. In meiner Verantwortung lag es, diese Übergabe bis zum 30. Juni 1990 zu vollziehen.

Ab diesem Tag, dem 9. Januar 1990, kam ich ins Sinnen. Woher wusste man in der Konzernzentrale, dass es keine DDR mehr geben wird? In der Zeitung war davon nichts zu lesen. Erst am 13. Februar 1990 – also fünf Wochen später – teilten die Außenminister der vier Alliierten und der beiden deutschen Staaten mit, dass man Gespräche über eine deutsche Einheit aufnehmen werde. Im Mai 1990 erfuhren wir aus den Medien, dass die Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Juli 1990 beginnen wird. Hatte man auch das in der Konzernzentrale gewusst und darum das Ende der Geschäftsübergabe auf den 30. Juni gesetzt?

NEXUS: Ihrer Meinung nach gingen diesem Tag auch weitere Schlüssereignisse voraus, die die Geschichte von sowjetischer Seite her ins Rollen brachten. Welche waren das?

MW: Das, worüber ich jetzt berichte, hat sich erst einige Jahre nach der Vereinigung herausgestellt, als die Stasiarchive geöffnet wurden. Da ist

zum einen die Weisung des Kommandos der Grenztruppen vom April 1989, den Schusswaffengebrauch bei Grenzdurchbrüchen zu untersagen. Dazu muss man wissen: Gorbatschow war der Oberbefehlshaber der Streitkräfte des 1955 geschlossenen Warschauer Vertrags, der als Verteidigungsbündnis die Westgrenze der sozialistischen Staaten gegen Angriffe vonseiten der NATO absichern sollte. Nachdem im Februar 1989 ein junger Ostberliner beim Überklettern der Sperranlagen an der Berliner Mauer erschossen worden war, stand das im PR-Konflikt zu Gorbatschows „gemeinsamen Haus Europa“. Nutzte er diese Steilvorlage der DDR, um den Schusswaffengebrauch im Hinblick auf den geplanten Mauerfall auszusetzen?

Als der neu gewählte SED-Generalsekretär Krenz am 1. November 1989 zum Amtsantritt bei Gorbatschow in Moskau weilte, erhielt er von Gorbatschow den Rat, für die am 4. November 1989 geplante Großdemonstration auf dem Alexanderplatz den Schusswaffeneinsatz der Polizei bei Aufruhr zu untersagen. Krenz erließ am 3. November dazu eine Weisung. Auch hier dürfte es sich um eine vorbereitende Maßnahme zur friedlichen Durchführung des 9. November gehandelt haben.

In meinem Buch führe ich weitere interessante Randdetails auf, die meines Erachtens einen unblutigen Regime-Change gewährleisten sollten, darunter die Kasernierung der etwa 340.000 sowjetischen Soldaten vom 6. bis 13. November 1989, der Einsatzbefehl für ausgewählte Geheimdienstoffiziere von KGB und GRU innerhalb der ostdeutschen Führungsriege vom 9. November 1989 oder die seltsame Verlängerung der Sitzung des Zentralkomitees der SED an jenem Abend. Da es damals noch keine Mobiltelefone gab, wurden an diesem Abend die wichtigsten Akteure der DDR nicht über die Lage an der Mauer informiert.

Und es passt ins Bild, dass der sowjetische Botschafter, der einzige sowjetische Repräsentant, der den Einsatzbefehl für die Westgruppe hätte erteilen können, an jenem Abend höchstwahrscheinlich ein Schlafmittel erhielt.¹

NEXUS: Bestätigt wurde Ihre Sicht auch durch das Buch „Operation Ljutsch“ von Reinhard Otto Kranz, der verdeckter Mitarbeiter des DDR-Militärgesamtstabes mit Offiziersrang war. Was war die Gruppe „Ljutsch“ und wie hängt sie mit dem Fall der Mauer zusammen?

MW: Wie im *Spiegel* vom 2. November 2014 nachzulesen war, hatten Gorbatschow und sein Außenminister Schevardnadse Ende Mai 1987 (!) den Generalsekretär der SED und Staatsratsvorsitzenden der DDR, Erich Honecker, besucht und ihn aufgefordert, die Mauer abzureißen.² Honecker widersprach. Diese bis heute selten erwähnte Tatsache finde ich so erstaunlich, dass ich einen eigenen Cartoon erstellen ließ, mit dem ich derzeit für mein Buch werbe.

Durch Honeckers Ablehnung waren die Sowjets gezwungen, ihr Ziel auf anderen Wegen zu erreichen. Das Buch „Operation Ljutsch“ (Ljutsch.de) erschien etwa zur gleichen Zeit wie der *Spiegel*-Artikel und beschreibt, wie die gleichnamige Einheit des sowjetischen militärischen Nach-

richtendienstes GRU – geschaffen für die Absicherung der Perestroika – erstmals 1987 eingesetzt wurde. Sie plante und verantwortete den Flug des Matthias Rust zum Kreml (siehe Kasten), in dessen Ergebnis der Verteidigungsminister etwa 300 Generäle und über 1.000 Obristen wegen Versagens entlassen hat. Alles Leute, deren Loyalität gegenüber Gorbatschows Politik angezweifelt wurde. Väterchen Stalin hätte sie vermutlich alle hinrichten lassen, aber die Zeiten hatten sich geändert. Die Gruppe Ljutsch wurde dann wieder aktiv, um den Mauerfall verdeckt und unblutig herbeizuführen.

NEXUS: Das ist jetzt aber Ihre Vermutung – oder gibt es dafür ebenfalls Belege?

MW: Ich beziehe mich auf das Buch „Operation Ljutsch“. Es ist aus guten Gründen als „auf Fakten basierender“ Roman erschienen. Die Zweifler werden immer sagen: Sehen Sie, es ist eine fiktive Geschichte. Wenn man sich allerdings in die beschriebenen Abfangzonen der Luftwaffe rund um Moskau vertieft – die Ringe sind wie auf einer Schießscheibe angeordnet, mit Moskau im Zentrum –, dann wird klar, dass Rust ohne die schützende Hand des GRU nicht einmal den äußersten Ring hätte durchqueren können. Da es sich um Geheimdienstaktionen handelte, wird man keine Dokumente für die Öffentlichkeit finden. Man muss die ausgeführte Tat als Maßstab der Bewertung nehmen.

Welche für den Außenstehenden nicht nachvollziehbare Aktionen am 9. November letztlich zur Maueröffnung führten, wird in meinem Buch in Retrospektive 2 und 3 dargelegt, darunter auch das Verschwinden des Sperrfristvermerks „Freitag bis 5 Uhr“ auf Schabowskis Dokument, das er von Krenz erhalten hatten.

Zur Erläuterung: Ein Sperrfristvermerk mit Uhrzeit gibt die Veröffentlichung erst ab der darin genannten Zeit frei. Wenn Sie das Video von der Pressekonferenz vom 8. November 1989 mit Schabowski anschauen, sehen Sie, wie er blättert und den Sperrfristvermerk sucht. Dann flüstert der neben ihm sitzende Außenhandelsminister Beil ihm etwas ins Ohr. Da für das Gelingen des Mauerfalls am 9. November aber dieser Vermerk schädlich gewesen wäre,

Die offizielle Version der „Friedlichen Revolution“ 1989/90

„Historisch waren die Ereignisse, die zum Ende des SED-Regimes und zur deutschen Wiedervereinigung führten, bislang einzigartig: ein repressives System wurde durch die Mobilisierung großer Teile der Bevölkerung in gewaltfreien Protesten für bürgerliche Freiheiten, demokratische Rechte und die Durchsetzung zivilgesellschaftlicher Normen gestürzt. Als Symbol für den Erfolg der Friedlichen Revolution gilt Vielen der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989. Für die Akteure selbst spielte der Begriff im Herbst 1989 aber zunächst kaum eine Rolle. Die Bezeichnung ‚Revolution‘ für das, was in der DDR vor sich ging, tauchte nur gelegentlich auf. Weitaus häufiger war in oppositionellen Kreisen von ‚Reformation‘ oder ‚Erneuerung‘ die Rede. Die zunehmend an Macht verlierende DDR-Regierung setzte den Erneuerungsversuchen von unten einen eigenen Begriff entgegen und sprach von ‚Wende‘. Damit waren aber nicht gesellschaftspolitische Veränderungen gemeint, sondern notwendige Aktionen der führenden Staatspartei SED, um die eigene Herrschaft weiter zu sichern. Erst im Laufe mehrerer Wochen wurden die Begriffe ‚Revolution‘ und ‚friedlich‘ in Verbindung zueinander gebracht.“

Walter Momper, der damalige Regierende Bürgermeister von West-Berlin, soll zum ersten Mal den Begriff ‚Friedliche Revolution‘ [...] benutzt haben. In einer Rede vor dem Schöneberger Rathaus beglückwünschte er am 10. November 1989, am Abend nach dem Mauerfall, die Bürgerinnen und Bürger der DDR zu ihrer friedlichen und demokratischen Revolution.“

In vielen Medien wurde das Begriffspaar danach verbreitet, während die ‚friedlichen Revolutionäre‘ selbst eher kritisch dazu standen und von ‚Umbruch‘ sprachen. Bärbel Bohley, die später auch als ‚Mutter der Revolution‘ galt, lehnte den Revolutionsbegriff für die DDR sogar ganz ab. [...]

Die Wandlungsprozesse in der DDR und den anderen osteuropäischen Staaten führten zu so grundlegenden Veränderungen in Europa und der Welt, dass Historiker von einer ‚Zäsur 1989‘ [...] sprechen. Dazu werden nicht nur das Jahr 1989 gezählt, sondern auch die Reformen unter Michael Gorbatschow, die deutsche Einheit und das Ende der Sowjetunion 1991.“

Quelle: Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, tinyurl.com/35sf5nst

müssen ihn Agenten vom GRU entfernt haben – oder man hat Schabowski ein Exemplar ohne Vermerk zukommen lassen. Damit konnte dann Schabowski die bestellte Frage des West-Journalisten, ab wann die Regelung gilt, wie folgt beantworten: „Sofort, unverzüglich.“ Was die Massen dann zu den Grenzübergangsstellen führte.

NEXUS: Ihre Vermutung ist letztlich, dass der Mauerfall im Rahmen der „kommunistischen Langzeitstrategie“ eingebettet war, von der man offiziell wenig hört. Wie kam es zur Ausbildung dieser Strategie?

MW: Erinnern wir uns, was ich zum Mauerbau und seinen Folgen sagte. Die Parteiführung in Moskau hatte verstanden, dass das Ziel des Weltkommunismus auf einem anderen Weg als dem der Planwirtschaft erreicht werden musste. Man entschied sich für eine Täuschungsoperation, mit deren Hilfe man dem Westen den Untergang des Staatsozialismus vorspielte. Sie wurde 1966 auf der

Herbsttagung des Warschauer Pakts vorgestellt, und die Information darüber gelangte 1968 durch den Überläufer General Sejna aus der Tschechoslowakei in den Westen.³ Die Perestroika sollte der planmäßige Schlussakkord sein.

Zu diesem Zweck startete die Sowjetführung ab 1966 für die nächsten 25 Jahre folgende Aktionen:

- Der Forderung von Schalck-Golodkowski nach einem marktwirtschaftlichen Außenhandel wurde zugestimmt. Dazu musste er aber Provisionsfirmen in wichtigen westeuropäischen Ländern errichten und nicht – wie geplant – nur in Ostberlin.⁴ Das gab ab 1967 ziemliches Geschrei in der Westpresse, aber die Lieferanten fügten sich. Die einzelnen Vertreterfirmen waren nach der Zollnomenklatur organisiert, also beispielsweise Maschinenbau, Bürobedarf, Südfrüchte oder chemische Erzeugnisse. So wanderte die Provision, gezahlt aus der Überweisung des volkseigenen Außenhandelsbetriebs (Planwirtschaft), an den westlichen Lieferanten und von dort in den marktwirtschaftlichen Außenhandel einer Schalck-Firma in Ostberlin oder an eine Tochterfirma in einem westeuropäischen Land.

Haupteigentümer der westlichen Provisionsvertreter-Firmen war die DDR, vertreten durch einen Treuhänder, Schalcks Stellvertreter Oberst Manfred Seidel, sowie lokale Miteigentümer, die lokalen linken Parteien nahestanden. Damit war die legale und permanente Finanzierung von Aktivitäten zur ideologischen Unterwanderung des Westens gesichert.

- 1968 wurde der Club of Rome gegründet. Mit seinem Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ wurden die Hauptthemen des Clubs in den Diskurs gebracht: Überbevölkerung vermeiden und Klimaschutz. Auf diesem geistigen Boden erwuchs dann die grüne Bewegung. Der spätere Gründer des Club of Rome reiste 1967 in die Sowjetunion, um das Statut abzustimmen. Sein Ver-

handlungspartner, der stellvertretende Minister für Wissenschaft und Technik – KGB-General Gvishiani –, war der Schwiegersohn des Staatspräsidenten Kossygin.

Die Sowjets hatten ihr Ziel erreicht: das Ende des kommunistischen Klassenkampfes und Aufbruch zum Klimakampf. Wichtig war: Angst und Hoffnung für die Massen zu liefern und sie ideologisch zu infiltrieren. Bis 1992 waren immer mindestens zwei KGB-Generäle unter Legende – das heißt in staatlicher Funktion, aber als Offizier im besonderen Einsatz (OibE) – ordentliche Mitglieder des Club of Rome.

In diesem Zusammenhang ist die Äußerung des ehemaligen Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz interessant. In einem Video mit *Tichys Einblick* sagte Herr Dr. Maaßen im Rahmen eines längeren Statements zur Klimaagenda und der damit einhergehenden Gleichschaltung, die über das Bundesverfassungsgericht ja inzwischen quasi zum Gesetz wurde:

„Mit dem Klima das Grundgesetz auszuhebeln – das war schon ein schlauer Mensch gewesen, der sich das ausgedacht hat. Ich weiß, in den 1960er-Jahren gab es schon beim KGB Leute, die sich Gedanken darüber gemacht haben, wie man den Westen in den Sozialismus hineinwachsen lassen kann. Damals hat man das Thema Umweltschutz schon im KGB diskutiert.“⁵

- Ebenfalls 1966 wurden mit den USA Verhandlungen zur Gründung eines gemeinsamen Instituts für angewandte Systemanalyse aufgenommen. Sie wurden 1968 vonseiten der USA wegen des sowjetischen Einmarschs in die Tschechoslowakei unterbrochen und führten dann 1972 zur Gründung des Instituts in Laxenburg bei Wien. 1976 erhielt es eine Außenstelle in Moskau und ab 1982 wurden in beiden Institutsteilen sowjetische Politiker für die Zeit nach der

Der seltsame Flug des Matthias Rust zum Kreml

28. Mai 1987: Mathias Rust, ein deutscher Privatpilot, landet mit einer Cessna 172 P auf der Großen Moskwa-Brücke in der Nähe des Roten Platzes. Seine Motivation: ein Zeichen setzen für den „Weltfrieden“ und die „Verständigung zwischen unseren Völkern“. Vorangegangen war ein mehr als 14-tägiger Flug von Hamburg über die Färöer, Island und Skandinavien. Laut offiziellen Angaben wird Rust über der UdSSR „frühzeitig von der sowjetischen Luftverteidigung erfasst“, aber eine „unmittelbare Abwehrreaktion blieb aus“. Dabei wird er sogar von zwei MiG-23-Kampfflugzeugen begleitet, die ihn aber nicht zur Landung zwingen. Er dreht mehrere Platzrunden über den Roten Platz und dem Kreml, bevor er 700 Meter entfernt um

18:40 Uhr auf der Brücke zum Stehen kommt. Die innenpolitischen Konsequenzen sind präzedenzlos: „Verteidigungsminister Sergei Sokolow und der Chef der sowjetischen Luftverteidigung, Alexander Koldunow, wurden von Michail Gorbatschow verantwortlich gemacht und, auf eigenen Wunsch in den wohlverdienten, frühzeitigen Ruhestand‘ entlassen. Zudem nutzte Gorbatschow das Ereignis, sich von über 300 und weiteren perestroika- und glasnostfeindlich eingestellten Generälen zu trennen.“ Es ist die „umfangreichste Säuberung in der Geschichte des sowjetischen Militärs“.

Quelle: „Mathias Rust“ Wikipedia.de, t1p.de/yIho (abgerufen: 15.09.2025)

Perestroika ausgebildet. Hier findet man auch einige Namen von späteren Oligarchen, die diese Ausbildung durchliefen: Awen, Tschubais und Gaidar etwa.

Der sowjetische Direktor des Instituts war unter Legende als stellvertretender Minister für Wissenschaft und Technik niemand anderes als KGB-General Gvishiani.⁶

NEXUS: Das Ganze läuft zuweilen auch unter dem Begriff „Europäische Perestroika“? Was ist damit gemeint?

MW: Diesen Begriff verwendet Herr Kranz in seinem Buch „Operation Ljutsch“. Vermutlich war das eine Metapher für die Kämpfer bei Ljutsch, damit sie nicht vom wahren Glauben abfallen. Denn dass man plante, das System abzuwickeln – wenn auch nur temporär –, wollte man nicht sagen. Vermutlich schwebte den Planern später auch eine egalitäre sozialistische Gesellschaftsordnung vor, aber ohne Planwirtschaft und ohne kommunistische Partei mit ihren krakenartigen Strukturen, die bis in jeden Betrieb reichten. Diese europäische Perestroika war das Ziel der Langzeitstrategie.

Man plante, wieder kapitalistische Eigentumsverhältnisse mit Oligarchen herzustellen, die dann die neue Führungsschicht bilden sollten, ähnlich dem Adel im Mittelalter. Denken Sie daran, dass in der Sowjetunion die Lohnspreizung im gesamten Land etwa 1:5 war (niedrigster zu höchstem Lohn), in der DDR lag das Verhältnis bei 1:10. Damit hätte man dann – vorausgesetzt, das wäre ein Ziel des neuen Sozialismus – wieder die arme Masse wie im Mittelalter die Leibeigenen. Man könnte das Privateigentum an Produktionsmitteln sukzessive erschweren oder verbieten, sodass nur noch der neue Adel sie besitzen kann.

Erfahrungen, wie das gesteuert wurde, hatte man in der DDR gesammelt. Die Firmen bei der KoKo waren als GmbH organisiert, nicht als VEB. Das führte zu Perversio nen, etwa der, dass die Eigentümerin der Firma GENEX Geschenkdienst GmbH die SED war. Die GENEX ermöglichte DDR-Bürgern mit reicher Westverwandtschaft, begehrte Waren (einschließlich Autos oder Einfamilienhäusern) als Geschenk von ihren Westverwandten zu erhalten. Es war dieselbe Partei, die das Verbot von privaten Westkontakte n in weiten Teilen der DDR organisierte – Streitkräfte, Behörden, Außenhandel.

In der DDR gab es bei der KoKo die Firma Delta GmbH, deren Geschäftsgegenstand die Versorgung der obersten Eliten mit Westimporten war. Natürlich zum Kurs 1 Westmark = 1 Ostmark, während bei Importen für die Bevölkerung für den Exquisit-Einzelhandel der Umrechnungskurs 1 Westmark = 4,50 Ostmark war.

NEXUS: Sie sehen noch größere Zusammenhänge. Inwieweit hängt das Geschehen, das sie schildern, mit dem „Pakt der vereinigten Ur-Logen“ der Freimaurer von 1981 zusammen? Und was hat das wiederum mit der „Globalisierung“ zu tun?

Was ist ein „sozialistisches“ System?

Für jene Spätgeborenen, die nicht wissen, wie sich ein sozialistisches System definierte und warum es der Globalisierung diametral entgegenstand und deshalb beseitigt werden musste, hier wichtige Charakteristika:

- Führung des Landes durch eine kommunistische Partei,
- Anerkennung der Sowjetunion als führender Macht,
- staatliche Planwirtschaft,
- kein oder nur sehr eingeschränkter privater Besitz an Produktionsmitteln,
- Lohnspreizung: Sowjetunion 1:5, DDR 1:10 (Verhältnis niedrigster zu höchstem Lohn/Gehalt),
- DDR: freischaffende Künstler 30 % Honorarsteuer, gewerblich Tätige bis zu 90 % Einkommenssteuer,
- keine konvertierbare Währung,
- Außenhandelsmonopol des Staates,
- keine/kaum Reisefreiheit für Privatpersonen.

In Kürze bedeutet das: totale Abschottung. In der Sowjetunion lebten etwa 97 Prozent der Bevölkerung in relativer Armut, in der DDR etwa 85 Prozent.

MW: Ende 2014 erschien das Buch einiger Hochgradfreimaurer unter Leitung von Gioele Magaldi: „Freimaurer. Gesellschaft mit unbeschränkter Haftung. Die Entdeckung der Ur-Logen.“⁷ Darin wird die Struktur der 36 internationalen Logen beschrieben, die die Politik im Hintergrund bestimmen. Anlass für diesen erstmaligen Blick hinter die Kulissen waren Befürchtungen, dass einige Logen eine Attacke auf die Menschheit planten. Ich vermute, dass damit die Covid-Pandemie gemeint war und das Buch als Warnung veröffentlicht wurde.

In diesem Buch wird der sogenannte „Pakt der vereinigten Ur-Logen der Freimaurer zur Globalisierung“ von 1981 beschrieben. Darin wurde unter anderem festgelegt, die Sowjetunion mit dem Staatssozialismus abzuwickeln und die deutsche Einheit herzustellen. Ist es nicht seltsam, dass die Gruppe Ljutsch ein Jahr später durch den damaligen KGB-Chef Andropow gegründet wurde? Und dass Gorbatjuschow selbst Freimaurer war?⁸

Es scheint, dass der Begriff Globalisierung mit dem Pakt gleich mitgeliefert wurde, denn in „Webster’s Dictionary“ von 1977 war er noch nicht verzeichnet. Mehr dazu finden Sie in meinem Buch unter den fünf Retrospektiven; auch gibt es dort unter dem Titel „Superlogen regieren die Welt“ eine erweiterte Rezension des Buchs von Magaldi.

NEXUS: Wenn man noch tiefer gräbt, stößt man auf die seltsame Tatsache, dass die Logenbrüder in Sachen Sozialismus bzw. Kommunismus schon viel früher ihre Finger im Spiel hatten. Hat Lenin etwa von Anfang an im Interesse der Freimaurer gehandelt? War die Sowjetunion daher ein freimaurerisches Konstrukt? Und wie sieht es mit dem Nachfolgestaat Russland und dessen Regierung aus?

MW: Wie man im Internet und auch bei Magaldi nachlesen kann, wurde die Ur-Loge „Joseph de Maistre“ 1917 in Zürich von Lenin gegründet. Um eine Loge zu gründen, muss man den 32. Grad der Einweihung haben.

Die Russische Revolution von 1917 ist allem Anschein nach das Produkt der Banker der Federal Reserve und der deutschen Abwehr. Trotzki wurde mit einer Gruppe von Revolutionären nach Petrograd geschickt, um die Revolution anzuzetteln, finanziert von den Bankern der Federal Reserve. Lenin erhielt das Geld für den Sturz der Regierung und einen anschließenden Waffenstillstand von der deutschen Abwehr, um Deutschlands Zwei-Fronten-Krieg zu beenden. 1918 wurde der Friedensvertrag von Brest-Litowsk unterzeichnet. In den kommenden Jahren wuchs dann unter Lenin das heran, was später die UdSSR werden sollte.⁹

Damit wird verständlich, warum die Logen die Abwicklung der Sowjetunion im Pakt von 1981 fordern konnten. Der Herr hat's gegeben – der Herr hat's genommen.

Machen wir nun einen Sprung in die Zeit nach der Perestroika. Hier wird es schnell sehr rutschig, denn die Privatisierung der Sowjetunion ist eng mit jüdischstämmigen Oligarchen verknüpft. 1995 – nach drei Jahren Privatisierung – waren 75 Prozent aller Oligarchen jüdischer Nationalität. Wie erklärt man sich das? In der Sowjetunion lebten Ende 1991 bei ihrer Auflösung etwa 293 Millionen Menschen, davon weniger als ein Prozent Einwohner der jüdischen Ethnie. Die Ethnienzugehörigkeit bzw. Nationalität wurde im Inlands- spass vermerkt und konnte somit statistisch ausgewiesen werden. Da

an der Privatisierung des Volkseigentums nur Sowjetbürger bzw. später Bürger Russlands teilnehmen konnten, kamen seit 1988 jüdische amerikanische und israelische Oligarchen in die Sowjetunion, um unter den sowjetischen Juden passende Treuhänder zu finden, die dann kreditiert wurden, um aufzukaufen. Die Kontakte wurden über die Rabbinate in der Sowjetunion vermittelt.

Vor dem Hintergrund meiner historischen Recherchen und dem, was ich persönlich mitbekommen habe, wurde Putin seit Beginn der 1990er-Jahre planmäßig für seinen jetzigen Job aufgebaut. Zuerst in Leningrad/Sankt Petersburg in der Stadtverwaltung, dann in der Kreml-Liegenschaftsverwaltung, später dann als Chef des Inlandsgeheimdienstes FSB. Im August 1999 ernannte Jelzin Putin zum Ministerpräsidenten, Ende 1999 legte Jelzin sein Amt als Präsident nieder und Putin übernahm dessen Amtsgeschäfte. Im März 2000 fanden Wahlen statt und Putin wurde zum Präsidenten Russlands gewählt. Ich denke, die russischen und jüdischen Oligarchen hatten ihn positioniert.

Bereits 1999 hatte er Berel Lazar, den Chef der jüdischen messianischen Chabad-Sekte, von New York nach Moskau geholt und ihn zum Oberrabbiner Russlands gemacht.

NEXUS: Bedeutet „Globalisierung“ im von Ihnen angenommenen Sinn „angestrebte Weltherrschaft der Freimaurer“ automatisch „Weltkommunismus“? Und strebt beides die „Neue Weltordnung“ an?

MW: Henry Kissinger – jüdischer Hochgradfreimaurer – beschrieb den Begriff Globalisierung als ein anderes Wort für US-Herrschaft über die Welt. Ich denke, sie war nur ein kurzes Zwischenspiel. Denn mit dem Einmarsch der Russen in die Ukraine 2022 wurde diese US-Herrschaft über die Welt schon nach 30 Jahren infrage gestellt und erweist sich aktuell immer schwächer. Die Welt ist wieder in Blöcke geteilt. Über 35.000 Sanktionen des Westens haben die Russen stärker gemacht.

Ich denke, dass die Neue Weltordnung wohl anders als die Globalisierung à la Kissinger aussehen wird. Die Neue Weltordnung wird in Moskau und Peking geformt werden und sie wird eine sozialistische sein. Anders als im Staatssozialismus, aber ähnlich repressiv und geschichtet: Es wird eine Führungsschicht aus Oligarchen geben (die ihr Vermögen zu Beginn ihrer Karriere aus dem Volkseigentum bezogen hatten), so etwas wie einen



neuen Adel, darunter hoch qualifizierte Helfer aus Militär, Staatssicherheit, Staatsadministration, Anwälte, Ärzte und so weiter. Und dann gibt es das Herdenvieh, etwa 90 Prozent der Bevölkerung, das künftig durch eine neue Religion und Überwachung mithilfe des Internets geführt wird.

Für diese Menschen wird es dann wieder die praxiserprobte Lohnspreizung geben, vermutlich nicht 1:5 wie in der Sowjetunion, aber sicher nicht mehr als 1:20. In meinem Buch bringe ich das Beispiel des Chefs der Deutschen Post, der 2018 das 232-Fache des am schlechtesten bezahlten Mitarbeiters erhielt. Damit wird sich dann auch das Problem der Umweltverschmutzung lösen – denn die Wegwerfgesellschaft wäre dann mangels Kaufkraft der Massen am Ende.

NEXUS: Sie sehen die Klimapolitik als Fortsetzung des kommunistischen Strebens nach Weltherrschaft mit anderen Mitteln. Wieso? Hat das etwas mit der UN-Agenda für 2030 zu tun?

MW: Herr Dr. Maaßen hat es treffend beschrieben. Die Klimadiskussion ist Teil des Hineinwachsens des Kapitalismus in den Sozialismus – und quasi nebenbei wird die bürgerliche Gesetzlichkeit ausgehebelt. Das Heizungsgesetz verarmt die Hausbesitzer, die Finanzkonzerne stehen bereit zum Aufkauf. Die private Mobilität mit dem Auto wird aus Umweltgründen bekämpft, der Konsum wird eingeschränkt. Schauen Sie sich die Ausführungen zum Geldvermögen der Deutschen an, die von der Bundesbank im Juli 2025 veröffentlicht wurden.¹⁰ Wen betreffen die meisten Einschränkungen?

Die Mittelschicht – denn sie soll verschwinden. Die Oberschicht zahlt aus der Portokasse und die Unterschicht – immerhin die Hälfte aller Haushalte – ist nicht dabei. Salopp gesagt besitzen die oberen 10 Prozent der Haushalte 70 Prozent des Geldvermögens, die unteren 50 Prozent der Haushalte ein Prozent und der Mittelstand etwa 29 Prozent. Diese Zahlen muss man sich aber auf der Seite der Bundesbank zusammensuchen.

Der Traum vom Kommunismus mit Wohlstand für alle Menschen war schon nach wenigen Jahren in den Ländern des Staatssozialismus ausgeträumt. Das habe ich am eigenen Leib erfahren und bereits geschildert – und nach Erscheinen der „Grenzen des Wachstums“ wurden auch andere

Träumer aufgerüttelt, etwa

der dissidente Kommunist Wolfgang Harich. Er schrieb „Kommunismus ohne Wachstum – Babeuf und der Club of Rome“, ein 1975 bei Rowohlt erschienenes Buch, das in der DDR nicht verlegt werden konnte und nur mit Genehmigung in den Bibliotheken ausgeliehen werden durfte.

Mit Harich wurde erstmals von einem Kommunisten der bisherige kommunistische Glaube an eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Massen im Sozialismus *ad absurdum* geführt und letztlich die Notwendigkeit der Existenz eines Polizeistaats begründet, der die Verteilung der nunmehr knappen Güter regeln sollte. Harich hat die gesamte marxsche Theorie zusammenbrechen lassen – es wird kein kommunistisches Paradies mit hoher Lebensqualität der Massen geben.

Werfen wir mit diesem Wissen einen Blick auf die Agenda 2030. Da werden auf den ersten Blick edle Ziele verfolgt, denen man nur zustimmen kann: keine Armut, kein Hunger, bezahlbare und saubere Energie, Gesundheit und Wohlergehen, Ungleichheit verringern.

Aber wie immer liegt der Teufel im Detail. Nehmen wir Punkt 12: verantwortungsvoller Konsum. Klingt gut, nicht wahr? Aber was verstehen die Planer darunter? Was haben sie für uns festgelegt und als „verantwortungsvoll“ definiert? Man kann das alles online nachlesen, etwa im Report „The Future of Urban Consumption in a 1.5°C World“,¹¹ der auf einem Substack-Account namens „The Fall of The West“ Anfang Januar 2024 zitiert und analysiert wird.¹² Diese Website ist eine von vier, die – Zufall? – nach Erscheinen meines Buches „Von Anfang und Ende der Globalisierung“ gelöscht wurden, aber man findet im Internetarchiv noch eine Kopie des Eintrags: „The Future They've Chosen For Us“. Kurz gesagt ist „die Zukunft, die sie für uns gewählt haben“, eine, in der Ihr Lebensstandard um 85 Prozent gesenkt wird. Im Bericht werden „schrittweise“ und „ehrgeizige“ Ziele für



2030 aufgelistet – darunter die Reduzierung des jährlichen Pro-Kopf-Verbrauchs von Fleisch auf 16 Kilogramm (schrittweise) bzw. null Kilogramm (ehrgeizig) oder der Milch und Milchprodukte auf 90 Kilogramm (schrittweise) bzw. ebenfalls null Kilogramm (ehrgeizig). Pkws sollen „schrittweise“ noch 190 Menschen pro 1.000 Personen besitzen, „ehrgeizig“ keiner. Bei Kleidungsstücken sollen es schrittweise acht neue pro Person pro Jahr werden, als ehrgeiziges Ziel werden drei neue Kleidungsstücke pro Person pro Jahr ausgewiesen. Was ist das anderes als kommunistische Planwirtschaft? Wer bestimmt, und wer setzt durch?

NEXUS: Wie sieht die heutige Front in Sachen Globalisierung und Deep State zwischen den Großmächten China, Russland, EU und USA bzw. BRICS und „Westen“ aus? Wie würden Sie das derzeitige Geschehen bzw. die Positionen der einzelnen „Mächte“ einordnen?

MW: Fangen wir mit BRICS an: Das ist eine Planung vom grünen Tisch von Goldman Sachs, also aus dem Haus der Finanzmagnaten, nur eine andere Etage. Mir scheint, dass es ein Ziel gibt: den Kapitalismus, vertreten durch den Westen, abzuwickeln. Vermutlich hat das kapitalistische Wirkprinzip ausgedient, immer mehr Profit zu machen und die Ressourcen der Erde auszubeuten, um immer neue Produkte herzustellen. Dass sie dann immer schneller weggeworfen werden und als Müll in den Ozeanen schwimmen und in Afrika deponiert werden, erreicht langsam natürliche Grenzen. Neue Wirtschaftsprinzipien müssen entwickelt werden. Die sehe ich aber noch nicht.

Kleines Glossar überholter Begriffe

Exquisit = ein Geschäft des Einzelhandels für „Luxuswaren“ in der DDR. Es wurde erst nach dem Machtantritt von Honecker 1971 geschaffen, um die Kaufkraft abzuschöpfen.

Perestroika = russische Bezeichnung von Gorbatschow für den Umbau des Staatssozialismus (pere = um, stroika = Bau). Jeder rätselte damals, was das konkret zu bedeuten habe, die SED-Führung distanzierte sich aber zunehmend davon.

Planwirtschaft = auf der marxistisch-leninistischen Theorie beruhende Gewissheit, mit einer von der Partei geplanten Wirtschaft den Sieg des Sozialismus in der Welt zu erreichen. Der Theorie nach sollte es dann keine Kapitalisten (ergo: Ausbeuter) mehr geben, die sich den Profit in die Tasche steckten. Deshalb erfolgte in der Revolution die Enteignung der Kapitalisten und Nationalisierung der Betriebe.

VEB = volkseigener Betrieb, in die Planwirtschaft eingebundenes Unternehmen

Es findet nur eine Umverteilung des Vermögens statt, die mittelständischen Europäer werden ausgenommen. Denken Sie daran, dass Russland und China nicht dem Pariser Klimaabkommen angehören.

Gehen wir kurz zur Einordnung noch einmal ein paar Jahre zurück: Viele Westler, die ab 1992 Russland bereisten oder dort arbeiteten, waren erschüttert, den Lebensstandard der einfachen Menschen zu sehen. Insbesondere die Wohnverhältnisse ließen den Betrachter verstummen, man wurde an Viehhaltung erinnert. Die Abwicklung des Staatssozialismus und die Einführung kapitalistischer Wirtschaftsmethoden, der Import von Technik, Know-how, Verhaltensweisen und Denkgewohnheiten haben das Land über 35 Jahre modernisiert. Der Preis dafür ist eine starke Einkommenspreizung und die Herausbildung von Oligarchenclans, die sich auf ewige Familienherrschaft vorbereiten. Man hatte auch alle sozialistischen Ideale verbannt und muss nun feststellen, dass der Ressourcenverbrauch weiter fortschreitet und auch in Russland der von Harich beschriebene Polizeistaat-Kommunismus vorbereitet wird. 15-Minuten-Städte, das Bekenntnis zur Agenda 30 und Ideen, die Bevölkerung wieder auf das Land umzusiedeln, machen bei den Ideologen die Runde. Mir scheint, dass diejenigen im Hintergrund gemeinsam an diesem Ziel arbeiten, sei es in Ost oder West.

Die Freimaurer nutzen für ihre Entscheidungen die hegelische Dialektik: These + Antithese = Synthese. Das heißt, die (scheinbaren, da von derselben Seite finanzierten) Gegensätze werden aufgelöst und eine neue Stufe erklimmen. Und so werden in der Neuen Weltordnung Kapitalismus und bisheriger Sozialismus in einem neuen Sozialismus mit Oligarchen aufgehen.

Die kommunistischen Parteien wurden im Ostblock (außer in China) schon 1991 abgeschafft und viele Partefunktionäre wurden Oligarchen oder „nur“ Millionäre. Mit den in der Agenda 2030 anvisierten Zielen wird für die Masse ein einfaches Leben geplant, unter voller Kontrolle der Mächtigen. Das Ziel sind eindeutig Lebensverhältnisse, die mit jenen im früheren Ostblock vergleichbar sind.

NEXUS: Was sehen Sie in den nächsten Monaten und Jahren auf uns zukommen? Wie kann man sich darauf vorbereiten?

MW: Darüber denke ich auch nach und habe keine befriedigende Antwort gefunden. Jene Mitbürger, die über Vermögen verfügen, haben sich sicher schon an die einschlägigen Adressen gewandt, um es außer Reichweite des Staates zu



bringen. Arbeitnehmer und jene, die von gesetzlicher und privater Rente abhängig sind – also fast ein Viertel der schon länger hier Lebenden – und nur geringe Ersparnisse haben, können nur beten. Was die Medien über das Auswandern schreiben, ist meistens Quatsch. Da müssen Sie entweder sehr jung sein oder über ein dickes finanzielles Polster und über die entsprechende Mentalität verfügen. Ich habe sieben Jahre in Russland gearbeitet, dann noch sechs Jahre in Bosnien und habe auch einige deutsche Auswanderer kennengelernt. Nur wenige sind heimisch geworden.

Noch eine Randnotiz. Polen will keine Sozialhilfe mehr für etwa eine Million Ukrainer zahlen. Kommen sie dann zu uns? Die Ukraine hat am 28. August die Grenze geöffnet für Männer zwischen 18 und 22 Jahren. Man erwartete bis Ende September etwa 100.000 Flüchtlinge aus dieser Altersgruppe, die vermutlich weiter nach Deutschland wollten. Ich habe in den Medien keine aktuellen Informationen gefunden, aber irgendwo werden sie ja abgeblieben sein. Aktuell werden auch wieder Afghanen eingeflogen, die vermutlich Kampferfahrung haben. Sollte die Regierung nicht mehr in der Lage sein, Bürgergeld in bisheriger Höhe zu zahlen, könnte es zu (gesteuerten?) Unruhen kommen und beispielsweise zur Plünderung von Supermärkten.

In dieser Situation sollte man aus Selbstschutz vermeiden, auf die Straße zu gehen, um einkaufen zu müssen. Wie das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) schreibt, sollte man einen Vorrat für zehn Tage anlegen. Das gibt Sicherheit und Sie haben eine

gute Chance, mögliche Tage der Unruhen gesund zu überleben. Laut BBK haben fast 60 Prozent der Einwohner nur Lebensmittel und Trinkwasser für zwei Tage zu Hause. Das sind fast 50 Millionen Menschen. Diese Leute müssen dann auf Nahrungssuche für sich und ihre Familie gehen.

NEXUS: Herzlichen Dank für dieses tiefgründige Gespräch. Es sind keine rosigen Aussichten, aber wer das Weltgeschehen interessiert verfolgt, dem dürften diverse Anomalien in der Geopolitik aufgefallen sein – und Sie liefern ein paar interessante Fäden, die alles verknüpfen.

Anmerkung der Redaktion

Die Bücher von Michael Wolski „1989 Mauerfall Berlin“ sind bei Amazon/KDP erschienen und online auf seiner Website 1989Mauerfall.berlin erhältlich. Buch 5 ist bei BOD.de erschienen und kann auch im Buchhandel erworben werden.

Ein zweistündiges Gespräch mit Michael Wolski, das Chefredakteur Daniel Wagner mit ihm führte, finden Sie exklusiv auf unserer Seite im Pareto-Client (trp.de/nexus-pareto). Dort können Sie auch den *NEXUS*-Newsletter abonnieren.



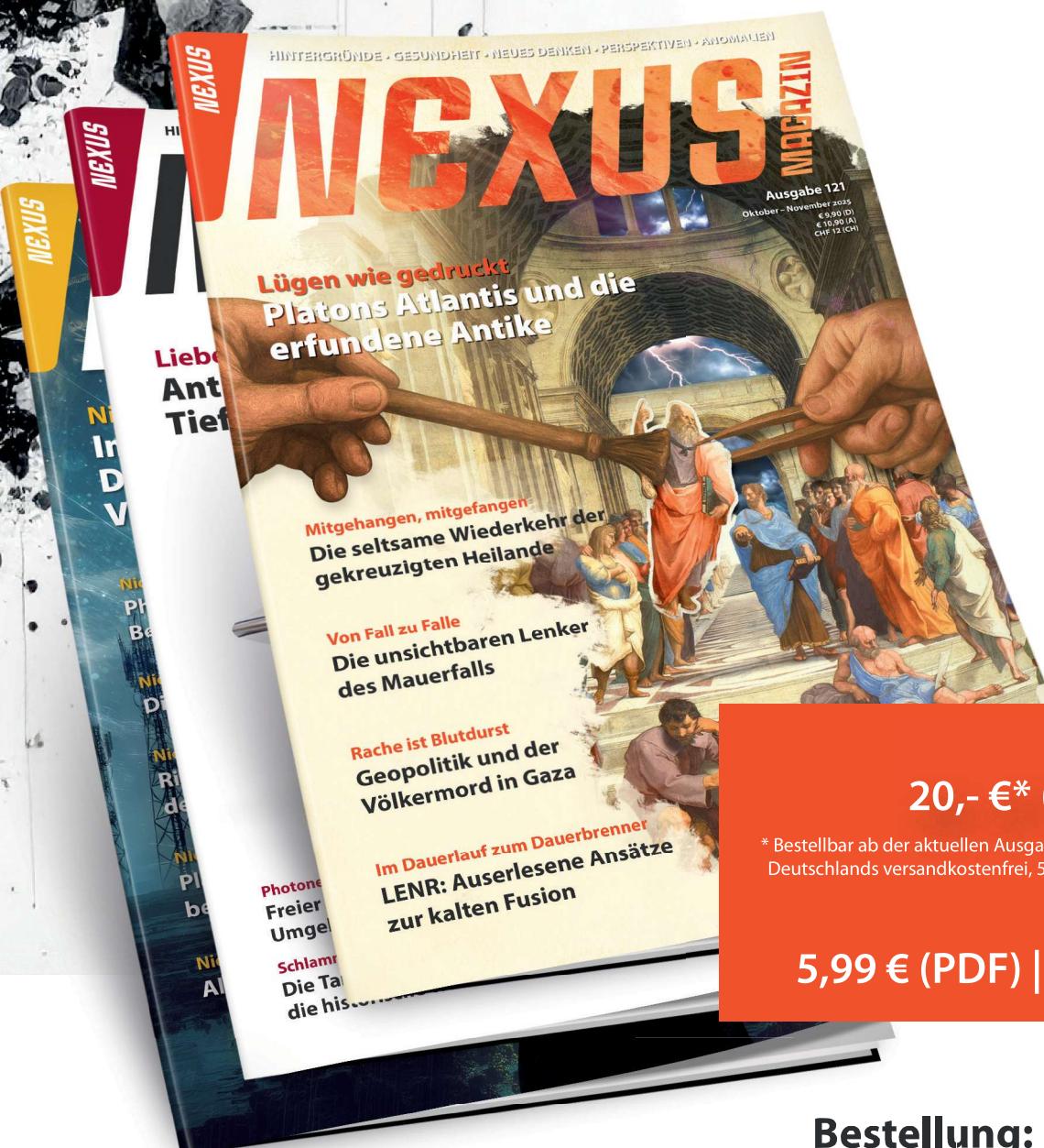
Über den Interviewpartner

Michael Wolski wurde 1952 in Freiberg (Sachsen) geboren. Nach dem Gymnasium studierte er in der DDR Außenwirtschaft und arbeitete ab 1974 im Außenhandel. Den Berliner Mauerfall erlebte er als ostdeutscher Mitarbeiter im Verbindungsbüro eines US-Konzerns; die Auflösung der Sowjetunion als Mitarbeiter desselben Konzerns in Moskau. Seine persönlichen Erlebnisse vor, während und nach der Wendezeit haben ihn zum Autor werden lassen, denn er vermisst wesentliche Elemente des Weltgeschehens in der offiziellen Geschichtsschreibung. Seine Website finden Sie unter 1989Mauerfall.berlin.

- 1 Anm. d. Red.: Diese Tatsache wurde Herrn Wolski von einer Quelle bestätigt, deren Namen nicht öffentlich genannt werden soll. Ein Hinweis ist die Aussage des stellvertretenden Botschafters Igor Maximyschew, der in einem Interview bestätigt, dass der Botschafter „fest in dieser Nacht“ schlief und nicht geweckt werden konnte. Siehe Chronik-der-Mauer.de, Eintrag zum 9. November 1989, 24:00 Uhr (trp.de/rr6b8)
- 2 „Gorbatschow und Schwardnadse wollten früheren Mauerfall“, Spiegel.de, 02.11.2024, trp.de/ff8os
- 3 Siehe dazu Mann, T.: „Die sowjetische Langzeitstrategie“, Leseprobe, trp.de/jrwp5. In den Büchern von Thomas Mann ist die Geschichte ausführlich dokumentiert.
- 4 Um den Hintergrund noch besser zu verstehen: Westliche Lieferanten waren bis Mitte der 1960er-Jahre überwiegend durch Provisionsvertreter tätig. Für den DDR-Markt saßen sie in Westberlin und besuchten regelmäßig die Ostberliner Außenhandelsbetriebe (AHB). Erzielte der Provisionsvertreter einen Abschluss, so erhielt er eine Provision (die vorher festgelegt war, manchmal gab es richtige Kataloge). Versicherungen kennen den Provisionsvertreter noch heute. Schalck-Golodkowski hatte nun die Idee, in Ostberlin staatliche Vertretungsfirmen aufzubauen, die die westlichen Lieferanten (zwangsläufig) vertreten sollten. Damit fielen die Westberliner Vertreter weg.
- 5 Tichys Einblick: „Wenn mein Chef Diktator wäre“ – HG Maaßen im Tichys Einblick Talk Talk“, YouTube.com, 06.06.2023, trp.de/wdih6
- 6 „Dzhermen Gvishiani“, Wiki „Das unsichtbare Imperium“, trp.de/7cd05 (aufgerufen: 17.09.2025)
- 7 Italienisch: Magaldi, G.: „Massoni. Società a responsabilità illimitata. La scoperta delle Ur-Lodges (Principioattivo)“ (Chiarettore, 2014). Das Buch ist im Internet schwer zu finden und wird nicht mehr aufgelegt. Eine erweiterte deutsche Rezension des Buchs von Magaldi finden Sie in der Reihe „Superlogen regieren die Welt“, nachzulesen z.B. hier: trp.de/hv7sq
- 8 Ebd.
- 9 Siehe unter anderem Sutton, A.C.: „Wall Street and the Bolshevik Revolution“, online auf Voltairenet.org, trp.de/xvmb3
- 10 Deutsche Bundesbank: „Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung in Deutschland im ersten Quartal 2025“, Bundesbank.de, 17.07.2025, trp.de/gdrao
- 11 „The Future of Urban Consumption in a 1,5°C World“, Headline-Report, der C40 Cities, Archive.org, trp.de/d6o8h
- 12 „The Future They've Chosen For Us“, Substack.com, 24.01.2024, via Archive.org, trp.de/dqqxc

DENKEN OHNE MAUERN

nexus-magazin.de



Probe-Abo

20,- €* (3 Printhefte)

* Bestellbar ab der aktuellen Ausgabe 121; fortlaufend. Innerhalb Deutschlands versandkostenfrei, 5 € Versandkosten ins Ausland.

Einzelheft

5,99 € (PDF) | 9,90 € (Print)

Bestellung:

shop.nexus-magazin.de

www.nexus-magazin.de

+49 (0)36461 - 878865

office@nexus-magazin.de

